

Bürgermeister
Sachbearbeiter(in): Werner Guhl
30.10.2014

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Gemeinderat (öffentlich)

17.12.2014

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Rottweil auf eine Resolution des Rottweiler Gemeinderats zum Thema:
Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen zu gefährden**

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Rottweil auf eine Resolution des Rottweiler Gemeinderats zum Thema: Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden – wird abgelehnt.

Begründung:

Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertreten die Interessen aller Gemeinden und Städte auf Bundesebene. Die Stadt Rottweil ist Mitglied im Städtetag Baden-Württemberg und im Gemeindetag Baden-Württemberg und damit mittelbar auch in diesen Spitzenverbänden.

In der Begründung zur Resolution wird festgestellt (vgl. S. 3 des Antrags)
„dieser Appell deckt sich im Kern mit dem Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags vom 12. Februar 2014 (Anlage) sowie dem gemeinsamen Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen der Kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen vom 01. Oktober 2014 (Anlage).“

Aus Sicht der Verwaltung kann mit dieser Begründung die beantragte Resolution abgelehnt werden. Eine Resolution der Stadt Rottweil ist nur dann erforderlich, wenn unsere Interessen durch den Städtetag nicht ausreichend vertreten werden.